



Samstag, 06. Januar 2024, 15:57 Uhr
~4 Minuten Lesezeit

Jungen in Mädchenduschen

Der Berliner LSBTIQ+-Plan für Schulen setzt die problematische „Regenbogen-Agenda“ konsequent um und ignoriert dabei das Schutzbedürfnis von Mädchen.

von Anne Burger
Foto: Ronnie Chua/Shutterstock.com

Charlotte lässt sich in der Schule seit einem halben Jahr Peter nennen. Die Lehrer sind aufgefordert, das Mädchen mit „er/ihm“ und dem neuen Namen zu bezeichnen – und die Eltern wissen von nichts. Paul und drei Freunde beschließen, sich als Mädchen zu identifizieren, und schon stehen ihnen nicht nur die Mädchenklos offen, nein, sie dürfen auch im Sport in die Mädchenduschen und auf Klassenfahrten in Mädchenzimmern schlafen. Das Erziehungsministerium in England hat dem nun nach

langen Protesten von Eltern einen Riegel vorgeschoben: in Richtlinien, die am 19. Dezember 2023 veröffentlicht wurden – ironischerweise demselben Tag, an dem der Berliner Senat die Bahn frei macht für genau diese Praktiken.

Der Berliner Senat hat an diesem Tag dem „Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan“ zugestimmt. In dem 61-seitigen Dokument wurden 340 Einzelmaßnahmen beschlossen.

Der Bereich Schule ist von vierzehn Maßnahmen direkt betroffen. Im Blick stehen ausschließlich transidentifizierte Kinder, und was für sie am besten ist. Wie sich das auf andere Schüler und vor allem auch Schülerinnen auswirkt, wird nicht thematisiert.

Die wichtigsten Themen im Überblick:

- Kinder und Jugendliche sollen auch elternunabhängig bei der Anerkennung ihrer neuen Geschlechtsidentität unterstützt werden. Auf gut Deutsch: Kinder können in der Schule ihr Geschlecht wechseln, entweder ohne die Eltern zu informieren oder gegebenenfalls auch gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern.
- Es soll eine „diskriminierungsfreie“ Teilhabe am Sportunterricht für Transkinder geben. Was hier schön klingt, bedeutet, dass Jungen, die sich zu Mädchen erklären, künftig mit diesen eine Umkleide teilen, am selben Spielfeld stehen und in ihren Leistungen nach dem Mädchenschema bewertet werden – räumliche Teilhabe und Leistungsbewertung sind explizit genannt. Dass dies für Mädchen nicht diskriminierungsfrei ist, wird nicht thematisiert.

- Selbstgewählte Vornamen sollen in der Kommunikation und im Zeugnis verwendet werden.
- Die Nutzung der Sanitärräume: Es wird nicht explizit genannt, ob alle Toiletten als unisex ausgewiesen werden sollen, oder ob nur transidentifizierte Jungs in die Mädchenklos dürfen.
- In den Schulen sollen Ansprechpersonen benannt werden, die sich für die Belange von Transkindern einsetzen.
- LSBTIQ+-Themen sollen in den Rahmenlehrplan aufgenommen werden.
- Das Thema „geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ soll sowohl in Lehramtsstudiengängen als auch für Referendare verpflichtend werden.

Solche Regelungen galten fast identisch an englischen Schulen. Die Erfahrungen damit waren so negativ, die Proteste so massiv, dass das englische Erziehungsministerium eine neue Richtlinie für den Umgang mit Transkindern erlassen hat – an ebenjenem Tag, an dem der Berliner Senat seinen Aktionsplan beschlossen hat. Die Probleme in England waren vielfältig:

- Sobald ein Kind sich als „trans“ geoutet hatte, musste dieses Kind mit neuen Pronomen angesprochen werden; die Eltern wurden über die neuen Namen/Pronomen nicht informiert. Kinder konnten sofort die Toiletten und Umkleiden des anderen Geschlechts benutzen.
- Lehrer waren damit konfrontiert, dass Jugendliche mit immer neuen Pronomen angesprochen werden wollten. Lehrkräfte, die Kinder mit dem Namen von vorgestern ansprachen, sahen sich mit dem Vorwurf des Hate Crimes konfrontiert und wurden nicht selten

an die Transbeauftragten der Schulen gemeldet.

- Im Sportbereich war der Eifer so groß, dass selbst die Wettkämpfe am „Sports Day“ – dem Äquivalent zu den Bundesjugendspielen – ohne Geschlechtertrennung durchgeführt wurden. Man wollte nicht nur die Belange von Transkindern, sondern auch von nicht-binären Kindern berücksichtigen; sie sollten nicht dem Trauma ausgesetzt werden, sich für ein Geschlecht entscheiden zu müssen. In Folge nahm die Anzahl der weiblichen Medaillenträgerinnen rapide ab. In einigen Schulen gewann über den ganzen Tag und über alle Disziplinen kein einziges Mädchen eine Medaille.
- Viele Schulen erklärten die Toiletten als unisex; zum einen, um die non-binären Kinder zu schützen, aber auch, weil es nicht mehr nachvollziehbar war, ob ein Junge sich verbotenerweise in der Mädchentoilette aufhielt oder sich als Mädchen identifizierte. Es kam zu zahlreichen Vorfällen und Übergriffen.

In den neuen englischen Richtlinien wird klargestellt, dass Lehrer Kinder nicht automatisch mit einem neuen Namen und anderen Pronomen ansprechen müssen, wenn diese es fordern; dass Eltern immer informiert und konsultiert werden müssen, bevor die Schule das Ansprache-Geschlecht für ein Kind ändert; dass Mädchen ab 11 Jahren sich keinesfalls in Gegenwart eines biologischen Jungen umziehen müssen, egal wie dieser sich definiert. Dass geschlechtsgetrennte Toiletten vorzuhalten sind, und Jungen nicht in Mädchenklos **dürfen**

[\(https://educationhub.blog.gov.uk/2023/12/19/gender-questioning-children-guidance-schools-colleges/\)](https://educationhub.blog.gov.uk/2023/12/19/gender-questioning-children-guidance-schools-colleges/).

Die Erziehungsministerin Kemi Badenoch beschrieb die gescheiterten Trans-Maßnahmen in Schulen als ein komplettes Desaster. Nicht nur standen Lehrer unter dem Druck, von Kindern manipuliert und gegebenenfalls angeschwärzt zu werden, nicht nur verloren Mädchen Sicherheit, Fairness und Privatsphäre, sogar die

transidentifizierte Kinder waren keine klaren Gewinner: Nach Einführung der Maßnahmen sank die Akzeptanz für Transmenschen in England erheblich, da sie mit den pöbelnden und grapschenden Jungengruppen in Mädchentoiletten identifiziert wurden.

Es ist nicht bekannt, ob die Mitglieder des Berliner Senats über die Situation in England informiert waren. Vielleicht fand es die Berliner „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ nicht nötig, die Abgeordneten über die negativen Erfahrungen mit solchen Regelungen in England zu unterrichten. Es ist schwer vorstellbar, dass die Senatsmitglieder sehenden Auges Mädchen so massiv benachteiligen wollten.

Sehr häufig sind Mädchen die Leidtragenden von Aktionen „für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ – auf ihrem Rücken können sich „Regenbogenhauptstädte“ als divers und progressiv präsentieren.

Die Mädchen verlieren ihre Privatsphäre, sie verlieren die Fairness im Sport, sie müssen sich vor Jungs ausziehen.



Anne Burger ist Hochschullehrerin für Mathematik und Logik. Sie lebt mit Mann und Kindern in Süddeutschland.